Kontingente Kritik auf der Basis einer komplexen Theorie der reflexiven Demokratie

Joachim Blatter

1 Kritische Politikwissenschaft in einer kontingent-politischen Gesellschaft

In weiten Teilen der Politikwissenschaft diagnostiziert man seit Jahren eine „Entpolitisierung" – hervorgerufen durch die ökonomischen Imperative der Globalisierung und die Komplexität einer funktional immer spezialisierteren und international immer verflochteneren Welt (vgl. z. B. Hay 2007; Flinders 2006: 240-244). Für Michael Th. Greven befinden wir uns dagegen in einer „politischen Gesellschaft", die durch ein noch nie da gewesenes Ausmaß an Kontingenz und durch eine „Fundamentalpolitisierung" gekennzeichnet ist (Greven 1999). Aus der Wahrnehmung von Kontingenz ergibt sich die Notwendigkeit der bewussten Entscheidung für eine von mehreren Optionen. Da dies mit Auseinandersetzungen und Konflikten verbunden ist und das Treffen von gesellschaftlich bindenden Entscheidungen als Kern „des Politischen" betrachtet wird, folgt daraus, dass die Politisierung der Gesellschaft zunimmt.

Mit der Betonung der zunehmenden gesellschaftlichen Kontingenz findet diese Position nicht nur die Zustimmung eines Großteils der Soziologie, in der u. a. die Multioptions-Gesellschaft (Gross 1994) und die „verflüssigte Moderne" (Baumann 2000) konstatiert wurden. Der Fokus auf Kontingenz erscheint mir auch für die Analyse der gegenwärtigen Herausforderungen für demokratische Politik sehr gewinnbringend, genauso wie das zugrunde liegende Verständnis von Politik, das über die etablierten Strukturen und Prozesse des Regierungssystems hinausreicht (Greven 2000: 41-50). Allerdings möchte ich im Folgenden deutlich weiter gehen und den Gedanken der Kontingenz auch reflexiv auf die Politikwissenschaft beziehen. Im folgenden Hauptteil des Beitrags werde ich eine komplexe Theorie der reflexiven Demokratie skizzieren, die in ihrem Aufbau den Grundgedanken der Kontingenz auf mehrfache Weise umsetzt. Im Schlussteil wird dann daraus eine eigene Vorstellung von politikwissenschaftlicher Kritik abgeleitet.

Zuerst gilt es allerdings, den Begriff der Kontingenz näher zu bestimmen. Gesellschaftliche Kontingenz wird im Folgenden verstanden als explizite öffentliche Wahrnehmung der Offenheit und Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Entwicklung, vor allem aber als Pluralisierung und Diversifizierung der formulierten und prinzipiell als legitim betrachteten Optionen gesellschaftlicher Entwicklung. Zentral für mein Verständnis von Kontingenz sind die Annahme eines normativen Pluralismus sowie die Spezifizierung einer „doppelten Kontingenz" und einer „konstitutiven Kontingenz".

Die doppelte Kontingenz liegt darin begründet, dass es in einer kontingenten Welt nicht nur mehrere legitime Antworten in Bezug auf eine Frage gibt, sondern auch eine Vielzahl von legitimen Fragen, und dass die Entscheidung, welche Frage als relevant oder vordringlich betrachtet wird, offen und umstritten ist. Kontingent sind also nicht nur politische Antworten bzw. Lösungsvorschläge, sondern auch Prioritätensetzungen in Bezug auf politische Probleminhalte, Verfahrensfragen und Dimensionen demokratischer Selbstbestimmung. So wird in der folgenden Skizze einer Theorie der reflexiven Demokratie zuerst betont, dass eine komplexe Demokratietheorie mehrere Dimensionen von demokratischer Selbstbestimmung enthält, nämlich die Input- und die Output-Dimension. Beide Dimensionen sind notwendige Bestandteile einer komplexen Demokratietheorie; welche von beiden in einer Diskussion in den Vordergrund gestellt wird, hängt vom Zusammenhang ab. Eine grundsätzliche Delegitimierung einer Dimension wird dagegen einer kontingenten Gesellschaft nicht gerecht. Zweitens wird deutlich werden, dass es beispielsweise in Bezug auf die Frage, wie Output-Legitimität sichergestellt werden kann, nicht eine, sondern mehrere prinzipiell legitime Antworten gibt.

Der Begriff der „konstitutiven Kontingenz" macht deutlich, dass in einer Theorie der reflexiven Demokratie die konstitutiven Grundannahmen der modernen Demokratie – die Nation als Grundlage für die stabile und eindeutige Abgrenzung des Volkes, die singuläre (nationale) Regierung als eindeutiger Locus politischer Entscheidungen und die Existenz stabiler und verbindlicher Verbindungen zwischen Volk und Regierung – kontingent werden. Diese konstitutiven Grundannahmen der modernen Demokratie treten aus dem Schatten der Natürlichkeit, werden politisiert und damit selbst zum zentralen Gegenstand demokratischer Selbstbestimmung. Die Demokratie wird „reflexiv" im Sinne von selbstbezüglich!

Damit schließen die Überlegungen zu einer „reflexiven Demokratie" an die Debatten zur „Zweiten Moderne" und zur „zweiten Transformation der Demokratie" an. Gemeinsame Grundannahme ist, dass die gegenwärtigen Veränderungen nicht nur quantitative Steigerungen der Moderne darstellten, sondern als qualitative Veränderungen zu verstehen sind, die auch neuer, erweiterter Begrifflichkeiten bedürfen.

Trotz des gemeinsamen Ausgangspunkts, der Diagnose zunehmender Kontingenz in den gegenwärtigen entwickelten Gesellschaften, ergeben sich dadurch deutliche Unterschiede zum demokratischen Dezisionismus von Greven. Erstens wird Kontingenz sehr viel deutlicher mit einem normativen Pluralismus verbunden. Greven formuliert in seinen demokratietheoretischen Überlegungen *einen* normativen Ausgangspunkt demokratischer Verfahren. Es geht ihm um ein input-zentriertes Demokratiekonzept, von dem ausgehend er reale politische Strukturen und Prozesse mit einem eindimensionalen Maßstab (demokratisch – nichtdemokratisch) evaluiert. Dagegen werden im Folgenden nicht nur mehrere Dimensionen demokratischer Selbstbestimmung als relevant betrachtet. Auch wird davon ausgegangen, dass mehrere normative Positionen innerhalb der Dimensionen existieren und normativ akzeptabel

sind. Zweitens werden Chancen betont, die sich durch aktuelle Herausforderungen und Kontingenz für die Demokratie etwa aus der „Entgrenzung des *Demos*" und der Pluralisierung politischer Entscheidungszentren für das demokratische Prinzip politischer Gleichheit ergeben. Das Gleiche gilt für die zunehmende Rolle der multiplen, mit einander konkurrierenden Medien und deren Logik. Neben der oftmals konstatierten „Trivialisierung" des öffentlichen Diskurses gilt es auch, die damit verbundene Orientierung der Medien an der Lebenswelt der einfachen Bürger zur Kenntnis zu nehmen.

Drittens ist mit der Konstatierung „konstitutiver Kontingenzen" die Erkenntnis verbunden, dass auch die eigenen etablierten Ausgangspunkte zur Disposition stehen. Im Kontext der aktuellen Diskussionen zur Veränderung von Demokratie und ihrer Theorie ergibt sich daraus die Bereitschaft, aus den aktuellen Transformationen der Gesellschaft die Notwendigkeit einer Veränderung der Demokratietheorie abzuleiten. Im Schlussteil wird dabei skizziert, dass dies keineswegs zu einem reinen Opportunismus führen muss, sondern dass – im Gegenteil – „kritisch-reflexive" Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaflter sich vor allem auch gegen etablierte und dominante Denkmuster in der theoretischen Debatte wenden sollten.

2 Reflexive Modernisierung und die zweite Transformation der Demokratie

Bevor im nächsten Abschnitt die Dimensionen einer Theorie der reflexiven Demokratie skizziert werden, gilt es die konzeptionellen Grundlagen für eine solche Demokratietheorie kurz darzulegen. Begrifflich und konzeptionell lehne ich mich an den soziologischen Diskurs zur „zweiten, reflexiven Modernisierung" an (Beck et al. 1992; Beck et al. 2003). Diese Anlehnung geschieht aus zwei Gründen: Zum einen wird damit im politikwissenschaftlichen Disput, ob wir gegenwärtig eine zweite oder dritte Transformation der Demokratie erleben, Position bezogen. Dahl (1989; 1994) zählt den Wandel von autoritären politischen Systemen hin zur ersten, direkten Form der Demokratie in den griechischen Stadt-Republiken mit, um so die Gefahr zu verdeutlichen, dass mit der gegenwärtigen „dritten Transformation" von nationalstaatlichen politischen Systemen zu supranationalen Systemen de facto ein Rückschritt hin zur autoritären Herrschaft verbunden ist (Dahl 1994: 28). Genauso wie Warren (2003) gehe ich davon aus, dass es nicht nur sprachlich korrekter ist, den gegenwärtigen Wandel als zweite Transformation der Demokratie zu bezeichnen, sondern auch, weil damit eine Veränderung, aber keine Verabschiedung der Demokratie verbunden ist. Im Gegensatz zu Warren konzipiere ich diese zweite Transformation aber nicht als Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch partizipative und deliberative Formen, sondern im Sinne der Theorie der Zweiten Moderne als einen Wandel zu einer reflexiven Demokratie, in der die Grundpfeiler der modernen Demokratie kontingent werden und damit ins Zentrum demokratischer Selbstbestimmung und politischer

Konflikte rücken. Mein Verständnis von „reflexiver Demokratie" weicht aber deutlich von dem von Schmalz-Bruns (1995) entwickelten Konzept reflexiver Demokratie ab. Dieser geht zwar nicht wie Warren (2003) ausschließlich von einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch deliberative und assoziative Formen aus, sondern von der „Politisierung und Demokratisierung des Zusammenspiels unterschiedlicher Formen von Demokratie" (Schmalz-Bruns 1995: 164 f.). Dabei werden die fundamentalen Grundpfeiler der modernen Demokratie – das Volk, die Regierung und die stabile Beziehung zwischen ihnen – aber nicht in Frage gestellt. Die Reflexivität der Demokratie ist bei Schmalz-Bruns deutlich weniger fundamental konzipiert.

Zwei zentrale Annahmen der soziologischen Theorie der Zweiten Moderne verdeutlichen das Verständnis von „Reflexivität", das im Folgenden für eine reflexive Demokratietheorie fruchtbar gemacht wird:

(1) Die Vertreter der Zweiten Moderne gehen davon aus, dass die Transformation von der Ersten zur Zweiten Moderne dadurch gekennzeichnet ist, dass sich nicht nur die Institutionen, sondern auch die zentralen gesellschaftlichen Prinzipien im Wandel befinden (Beck et al. 2003: 1). In unserem Kontext heißt das, dass der gegenwärtige Wandel des politischen Systems nicht nur als Herausforderung für die Demokratie, sondern auch für die Demokratietheorie aufzufassen ist. Um zur Verbesserung der demokratischen Qualität von politischen Systemen beizutragen, müssen wir genauso über ein potentielles „Defizit der Demokratietheorie" nachdenken wie über ein potentielles „Demokratiedefizit". Ansonsten können wir nicht sicher sein, ob die Diagnose eines „Demokratiedefizits" nicht primär ein Ergebnis einer inadäquaten Bewertung ist, weil diese allein auf den Kriterien basiert, die sich am Beginn der Ersten Moderne herausgebildet haben (ähnlich argumentiert z. B. Goodhart 2007).

(2) Reflexive Modernisierung radikalisiert die Moderne durch die Infragestellung und Unterminierung ihrer Fundamente. Die konstitutionellen Grundlagen der modernen Demokratie, welche für selbstverständlich oder unproblematisch gehalten wurden, werden hinterfragt, kontingent und umstritten. Drei Arten von Veränderungen tragen zu diesem Phänomen bei (für eine ausführlichere Darstellung dieser Entwicklungen vgl. Blatter 2009a): Das Ende des Westphälischen Systems der souveränen Nationalstaaten ist gekennzeichnet durch die Erosion eines einzigen und eindeutigen Lokus politischer Entscheidungsfindung und Steuerung. Politische Entscheidungsfindung findet immer mehr an vielen diversen und verstreuten Orten gleichzeitig statt. Der Nationalstaat verliert seine hegemoniale Position als dominanter gesellschaftlicher Problemlöser und primärer Identitätsstifter. Statt dessen entwickelt sich ein polyzentrisches Governance-System, in dem verschiedene politisch-administrative Ebenen und verschiedene (öffentliche, private und gemischte) Akteure und Institutionen zur Steuerung und Integration von Gesellschaften mehr oder minder stark mit einander im Wettbewerb um Anerkennung, Loyalität, Folgebereitschaft und Beiträge von individuellen, kollektiven und korporativen Akteuren stehen.

Aber nicht nur der Lokus politischer Entscheidungsfindung und Steuerung wird diversifiziert und umstrittener, auch der konzeptionelle Ausgangspunkt jeglicher Demokratietheorie – das Volk bzw. der Demos – wird kontingent und seine Grenzen diffuser und instabiler. Mobilität und Migration, aber auch die Vergreisung vieler Gesellschaften stellen die Natürlichkeit, Stabilität und die klaren und exklusiven Grenzen des Demos in Frage. Fundamentale Fragen der Inklusion und Exklusion geraten ins Zentrum politischer Auseinandersetzung und werden zu einer zentralen Herausforderung für das Verständnis von demokratischer Selbstbestimmung.

Schließlich wird auch die Verbindung zwischen Volk und Regierung(en) immer weniger stabil und eindeutig. Die Kongruenz zwischen Volk und Regierung wird reduziert, weil sowohl der Status der Bürgerschaft wie auch der Geltungs- und Einflussbereich von Governance-Formen immer weniger an territoriale Einheiten geknüpft sind. Die Verbindung zwischen Volk und Regierung wird aber auch loser und kontingenter, weil die intermediäre Sphäre zwischen Volk und Regierung inzwischen durch ein elektronisches Multimedia-System dominiert wird. Dadurch werden stabile Kanäle der Interessenvermittlung zwischen Volk und Regierungen (Parteien und Verbände) an den Rand gedrängt oder dazu gezwungen, sich genauso wie die Regierungen den Imperativen der Aufmerksamkeitsökonomie zu unterwerfen (Meyer 2002).

Abraham Lincolns berühmte Beschreibung der Demokratie als *government of the people, by the people, and for the people* ist besonders geeignet, um diese drei fundamentalen Kontingenzen auf den begrifflichen Punkt zu bringen und von den Dimensionen zu unterscheiden, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Zentrum der demokratietheoretischen Diskussion standen. Eine Theorie der reflexiven Demokratie bezieht sich auf den ersten, grundlegenden Teil von Lincolns Beschreibung und ist dadurch gekennzeichnet, dass die Kontingenz aller drei Elemente ins Zentrum der Betrachtung gestellt wird: Sowohl die Existenz einer einheitlichen und dominanten Regierung („government") als auch ein klar abgegrenztes Volk („the people") und eine klare und konsistente Verbindung zwischen Volk und Regierung („of") stellen nur noch eine unter mehreren Möglichkeiten dar. Im Gegensatz zu diesen Grundbestandteilen der Lincolnschen Definition von Demokratie standen in jüngerer Zeit die Differenzen zwischen den verschiedenen Teilbereichen seiner Definition im Zentrum der demokratietheoretischen Diskussion (v. a. in Deutschland). Als Scharpf am Ende der 1990er Jahre die Differenzierung zwischen output- und input-orientierten Legitimationsformen wieder einführte, um auf vernachlässigte Legitimationsquellen der Europäischen Union hinzuweisen, illustrierte er diese Differenzierung explizit mit Verweis auf Abraham Lincoln: „[i]nput-oriented democratic thought emphasizes ‚government *by the people*'" whereas „the output perspective emphasizes ‚government *for the people*'" (Scharpf 1999: 6). Erstaunlicherweise ging Scharpf auch Ende der 1990er Jahre noch davon aus, dass man das erste Element von Lincolns Trias „als gegeben voraussetzen kann […] weil in der nationalstaatlichen Demokratie ein als poli-

tisches Gemeinwesen konstituiertes ‚Staatsvolk' schon existiert, so dass man sich auf die beiden anderen Elemente konzentrieren" könne (Scharpf 1998: 85). Eine solche Betrachtung mag noch angemessen gewesen sein, als Scharpf die Differenzierung zwischen output- und input-orientierten Formen der demokratischen Legitimierung zum ersten Mal eingeführt hat (Scharpf 1970). In der heutigen Welt erscheint sie aber antiquiert.[1] Und es ist nicht nur ein Aspekt („the people" bzw. „das Staatsvolk"), sondern alle drei grundlegenden Element der Lincolnschen Beschreibung von Demokratie (*government – of – the people*), welche als kontingent wahrgenommen werden und (wieder) in den Vordergrund von theoretischen und praktischen Kontroversen über demokratische Selbstbestimmung rücken.

Zwei Perspektiven können in Abgrenzung zur Scharpfschen Input- und Output-Perspektive mit dem Label „in/out" auf den begrifflichen Punkt gebracht werden. Innerhalb der ersten Perspektive geht es um Antworten auf die Fragen, welche Personen dazu gehören und welche nicht. Wie sollte die Grenze des Demos konzipiert und über die Inklusion von Mitgliedern in den Demos entschieden werden? Auch mit Blick auf die Governance-Formen stellt sich die Frage, wie legitime Formen politischer Steuerung und Integration konzipiert und wie über ihre Relevanz bzw. die immanente Verteilung von Kompetenzen entschieden wird (zweite Perspektive). Eine dritte Perspektive innerhalb einer reflexiven Demokratietheorie kann mit dem Label „on/off"-Perspektive bezeichnet werden. Damit wird die Grundlogik einer durch vielfältige Kommunikationsmedien gekennzeichneten – kontingenten – Verbindung zwischen spezifischen politischen Gemeinschaften und spezifischen politischen Governance-Formen und -Ebenen auf den Punkt gebracht, indem die gegenseitige Relevanz von politischen Gemeinschaften und Governance-Einheiten primär durch ihre mediale Präsenz bestimmt wird.

Im Vergleich zu input und output signalisieren die Begriffe in/out sowie on/off die fundamentalere und konstitutive Ebene der damit verbundenen demokratietheoretischen Dimensionen. Denn es geht nun nicht mehr um Prinzipen, Institutionen und Prozesse für eine demokratische Politikproduktion (im Sinne des policy-making), sondern um Prinzipien, Institutionen und Prozesse der Konstitutionalisierung von politischen Einheiten (im Sinne von polity-making).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass gleichzeitig mit der wieder zunehmenden Wahrnehmung der Kontingenz der konstitutiven Elemente von Demokratien der dichotome und exklusive Charakter der konstitutiven Entscheidungen in Frage gestellt wird. Aus der Perspektive der Zweiten Moderne erscheint es zumindest möglich, dass eine konstitutive Politik nicht mehr dem dezisionistischen „Entweder-oder"-Prinzip unterworfen ist, sondern dem „Sowohl-als-auch"-Prinzip folgen kann (Beck/Grande

1 Es muss allerdings betont werden, dass Scharpf mit dem Verweis auf die output-Dimension den Horizont der relevanten demokratietheoretischen Perspektiven wenigstens erweitert, während die meisten seiner Kritiker auf einer engen input-orientierten Perspektive beharren.

2004). Dies würde es auch ermöglichen, eine reflexive Demokratie so zu denken, dass durch die Kontingenz von konstitutiven Dimensionen der Demokratie die politischen Kontroversen zwar fundamentaler, aber nicht fundamentalistischer werden (müssen).

3 Komplexe Theorie der Demokratie: Pluralität in Bezug auf konzeptionelle Dimensionen und normative Positionen

In diesem Abschnitt soll ganz kurz das Konzept einer komplexen Demokratietheorie skizziert werden, wie es Fritz Scharpf entwickelt hat und dabei vor allem darauf hingewiesen werden, dass in jeder Dimension verschiedene normative Positionen zu finden sind, aus denen unterschiedliche institutionelle Empfehlungen abzuleiten sind bzw. auf deren Basis existierende politische Strukturen und Prozesse evaluiert und kritisiert werden können. Dabei konzentriere ich mich auf die Output-Dimension, da die „doppelte Kontingenz" einer komplexen Demokratietheorie vor allem in dieser Dimension meist nicht wahrgenommen wird. Auch innerhalb der Input-Dimension gibt es verschiedene, teils antagonistische, normative Positionen (z. B. zwischen Anhängern einer wettbewerbsorientierten und einer konsensorientierten Demokratie).

Michael Th. Greven hat wie viele andere die von Fritz Scharpf eingeführte Output-Legitimierung von Demokratien kritisiert (Greven 2000: 191-203). Ein Teil der Kritik kann darauf zurückgeführt werden, dass Scharpf im Unterschied zu seinem früheren Versuch einer komplexen Theorie der Demokratie (Scharpf 1970) bei der Wiedereinführung der Differenzierung zwischen Input- und Output-Legitimation letztere in einem sehr viel engeren Sinne definiert und nur noch mit einer einzigen normativen Position verbunden hat. Wenn wir die Output-Perspektive als eine Dimension einer komplexen Demokratietheorie betrachten wollen, dann müssen wir auf Scharpfs früheres Verständnis zurückgreifen. Bei der erstmaligen Einführung dieser beiden Perspektiven hat er sich zwar explizit auf Eastons systemtheoretischen Ansatz zu den Quellen der Unterstützung für ein politisches System bezogen, dessen Begrifflichkeiten dann aber anderes ausgelegt.

Easton (1965; 1975) unterschied zwischen gesellschaftlichen Anforderungen (social demands), die an das politische System gestellt werden (input), und der Fähigkeit des politischen Systems, diese Anforderungen zu befriedigen (output). Außerdem differenzierte er zwischen einer spezifischen und einer diffusen Unterstützung für ein politisches System. Während die erste Form der Unterstützung durch den kurzfristigen output des politischen Systems bestimmt wird, hängt die zweite Form von den langfristigen Fähigkeiten zur Befriedigung der gesellschaftlichen Anforderungen und vom grundlegenden Glauben an die Legitimität des politischen Systems ab. Im Gegensatz dazu setzt Scharpf nicht nur Unterstützung mit Legitimität gleich, sondern auch noch die Befriedigung von gesellschaftlichen Anforderungen mit der Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt. In Eastons Konzeption von output gibt es keine

Spezifikation der gesellschaftlichen Anforderungen, welche durch den output des politischen Systems befriedigt werden sollen. Die Scharpfsche Festlegung auf Wohlfahrtssteigerung schließt dagegen andere Anforderungen (wie Gleichheit oder Freiheit) aus und entspricht der Ineinssetzung von Output-Legitimität mit einer sozialdemokratischen Position innerhalb der Output-Perspektive. Bevor mit Rückgriff auf Scharpfs frühere Ausführungen auch die anderen möglichen normativen Positionen innerhalb der Output-Perspektive präsentiert werden, soll noch einmal das generische Verständnis von demokratischer Selbstbestimmung innerhalb einer output-orientierten Perspektive formuliert werden: Demokratische Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn das politische System die Kapazitäten und Fähigkeiten besitzt, den Willen des Volkes auch umzusetzen bzw. die Freiheit des Bürgers auch zu garantieren.

In seinen ersten Ausführungen zu output-orientierten Perspektiven in der Demokratietheorie führte Scharpf (1970: 21 f.) eine Reihe von unterschiedlichen Ansätzen innerhalb dieser Perspektive auf. Wenn wir diese nach normativen Positionen gruppieren, können wir eine sozialdemokratische und eine liberale Position unterscheiden. Diese demokratietheoretischen Positionen basieren auf unterschiedlichen Ontologien und Ideologien und leiten daraus divergente institutionelle Voraussetzungen zur Umsetzung eines Volks- oder Bürgerwillens ab. In sozialdemokratischen (und sozialistischen/marxistischen) Ansätzen geht man implizit oder explizit von einer Gesellschaft aus, die aus diversen Subsystemen besteht[2] und deren primäres Ziel es ist, den kollektiven Willen des Volkes umzusetzen.[3] Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass das politische System in der Lage sein muss, das sozioökonomische System zu kontrollieren bzw. zu steuern, um den politischen Willen (der Mehrheit) des Volkes umsetzen zu können. Idealtypisch braucht es dafür einen souveränen und integrierten Staat. In kapitalistischen und komplexen Gesellschaften, wo die Ressourcen breit zwischen einer Vielzahl von privaten und öffentlichen Akteuren gestreut sind, werden korporatistische Arrangements und Policy-Netzwerke benötigt, um die politische Steuerung und Kontrolle zu verbessern (Scharpf 1999: 13-21).

Liberale Theorien differenzieren die Gesellschaft nicht in unterschiedliche Teilsysteme, sondern konzentrieren sich auf die Beziehungen zwischen Individuen/Minoritäten und Kollektiven/Mehrheiten. Außerdem stehen bei ihnen die Möglichkeiten zur Umsetzung des Willens der einzelnen Bürger im Zentrum der Überlegungen. Daraus resultieren Empfehlungen zur Einrichtung eines politischen Systems, das auf interne „*Checks and Balances*" ausgerichtet ist und in dem die verfassungsrechtliche Kontrolle der Regierung eine große Rolle einnimmt. Diese Empfehlungen sind darauf ausgerichtet, die Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber den Bürgern zu begrenzen bzw. die Tyrannei der Mehrheit zu verhindern. Aus einer liberalen Position wird die

2 Zumindest kann man die Grundannahmen systemtheoretisch so formulieren, ohne den dahinter stehenden diversen Konzepten vollkommen Unrecht zu tun.

3 Mit diesem Ansatz ist nicht notwendigerweise eine holistische Ontologie mit der Annahme der Existenz eines von den Individualinteressen unabhängigen Volkswillens verbunden.

Output-Legitimität des politischen Systems gestärkt, wenn es institutionell so ausgestaltet ist, dass es die Autonomie der Individuen bzw. der Minoritäten sicher stellt (vgl. etwa Ostrom 1987; Held 2006: 56-94).

Der Dualismus zwischen einem sozialistischen bzw. sozialdemokratischen und einer liberalen Vorstellung von demokratischer Selbstbestimmung dominierte das 19. und frühe 20. Jahrhundert und führte nach dem Zweiten Weltkrieg zur Formierung zweier rivalisierender Blöcke. Während im Ostblock die sozialistische Position durch die Einparteienherrschaft in radikaler Form umgesetzt wurde, dominierte in den westlichen Demokratien die liberale Position – allerdings immer in einem mehr oder weniger stark sozialdemokratisch geprägten institutionellen Kompromiss. Nach dem Zusammenbruch des Ostblockes und einer durch liberale Ideen geprägten Globalisierung wurden diese Kompromisse in den westlichen Ländern in Frage gestellt und die staatliche Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft reduziert. Sozialdemokraten wie Scharpf betrachten die Legitimitätsprobleme in den westlichen Demokratien als Ergebnis dieser reduzierten Steuerungsfähigkeit der Nationalstaaten und argumentieren, dass eine Stärkung der politischen Steuerungsfähigkeit auf verschiedensten Ebenen notwendig ist, um die Legitimität des politischen Systems wieder herzustellen (Scharpf 1999). Aus einer liberalen Perspektive erscheint dagegen die reduzierte Steuerungsfähigkeit der Politik als ein sehr viel geringeres Problem, da sich damit auch die Gefahr von problematischen Eingriffen des Staates verringert. Außerdem verkörpern komplexe Mehrebenen-Systeme wie die Europäische Union das Prinzip der „*Checks and Balances*" und lassen staatliche Interventionen nur noch in den Bereichen zu, in denen ein breiter gesellschaftlicher Konsens über nationalstaatliche Grenzen hinaus herrscht (Moravscik 2002; 2004: 349).

Vor dem Hintergrund der ökonomischen Liberalisierungstendenzen und der Globalisierung erscheint die Wiedereinführung und Betonung der Relevanz einer output-orientierten Perspektive als zwingende Notwendigkeit, um die aktuellen Herausforderungen demokratischer Selbstbestimmung in den Blickpunkt zu bekommen. Ob man wie Scharpf die Re-Regulierung auf internationaler bzw. supranationaler Ebene als Chance für die demokratische Legitimität des politischen System betrachtet oder ob die dadurch entstehenden komplexen Mehrebenensysteme vielmehr eine Bedrohung für die Demokratie darstellen, hängt zu einem erheblichen Teil von der normativen Position des Betrachters ab. Ich werde im Schlussteil dieses Aufsatzes darauf eingehen, ob es für Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler eine Möglichkeit gibt, Kritik und konstruktive Vorschläge auf einer Basis zu entwickeln, die über die eigenen Überzeugungen hinausreichen. Zuerst möchte ich aber die skizzierte komplexe Theorie der Demokratie mit den Elementen einer reflexiven Demokratie ergänzen, indem ich drei konstitutive Perspektiven zur input- und Output-Perspektive hinzufüge.

4 Reflexive Demokratie

Das im Folgenden skizzierte Verständnis der reflexiven Demokratie baut auf drei zusätzlichen Dimensionen demokratischer Selbstbestimmung auf, die sich aus der (wieder) zunehmenden Wahrnehmung von „konstitutiven Kontingenzen" ergeben. Diese sind wiederum ein Resultat der oben bereits erwähnten sozioökonomischen und technischen Transformationen: a) zunehmende Mobilität/Migration, b) Multiplizierung von Governance-Formen und -Ebenen, und c) die zunehmende Bedeutung der Logiken eines Multimedia-Systems bei der Wahrnehmung nicht nur von relevanten Problemen, sondern auch von relevanten Populationen und politischen Institutionen. Zuerst wird jeweils auf die Charakteristika eingegangen, durch welche sie sich von den Input- und Output-Perspektiven unterscheiden. Dann wird auf die aktuelle praktische Relevanz dieser Perspektiven verwiesen und schließlich werden die zentralen normativen bzw. ideologischen Positionen innerhalb der Perspektiven skizziert.

4.1 In/out-Dimension I: Government of which people?

Die erste in/out-orientierte demokratietheoretische Perspektive konzentriert sich auf die Integration von Individuen (und Gruppen) in politische Gemeinschaften. Dabei wird die Exklusivität moderner politischer Gemeinschaften gleichzeitig deutlich und kontingent. Der erste Grundpfeiler von Lincolns Definition der Demokratie – das Volk, bzw. die Grenzen des Demos werden wieder kontingent und umstritten. Im Gegensatz zu den Debatten über Multikulturalismus, Minderheitenrechte und eine „politics of difference" (Benhabib 1996), welche noch der Input-Perspektive zugerechnet werden können, konzentriert sich diese erste In/out-Perspektive auf die externen Grenzen von politischen Gemeinschaften und es ist nicht die Homogenität, sondern die Stabilität und die Exklusivität der Mitgliedschaft innerhalb eines Demos, welche kontingent und umstritten werden.

Eine der wichtigsten Aspekte der ersten Transformation von der direkten Demokratie in städtischen Republiken zur repräsentativen Demokratie in den modernen Nationalstaaten war die – sehr umkämpfte – Expansion des Demos hin zu einer politischen Gemeinschaft, in der alle Erwachsenen ungeachtet ihres Geschlechts und ihres sozioökonomischen Status als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt werden (Held 2006: 94). Die Abgrenzung nach außen wurde in den einzelnen Ländern mit einer je spezifischen Mischung zwischen dem *juis solis* und dem *juis sanguinis* Prinzip geregelt – die Frage der formalen Inklusion und Exklusion stand aber im 20. Jahrhundert nicht mehr im Zentrum der demokratietheoretischen Kontroversen. Stattdessen kreiste diese Diskussion um die richtigen Institutionen und Prozesse, mit denen sichergestellt werden kann, dass der Wille der individuellen Bürger in gleicher bzw. fairer Weise im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt wird (die Input-Perspektive). In jüngster Zeit ändert sich das wieder, weil die in der Moderne akzeptierten Grenzen des Demos nicht mehr sakrosankt sind und weil die Exklusivität der individuellen Mitgliedschaft in einer, und *nur* einer, politischen Gemeinschaft ins Wanken gerät. Dabei sind insbesondere zwei Herausforderungen hervorzuheben:

(1) Mobilität und Migration unterminieren nicht nur die Stabilität der individuellen Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft, sondern auch die territoriale Kongruenz zwischen Bewohnern und Bürgern. In den Immigrationsländern gibt es immer mehr Bewohner, die keine Bürger sind und in Emigrationsländern immer mehr Bürger, die für kürzere oder längere Zeit nicht in diesen Ländern wohnen (Expatriates). Die Grenze zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern politischer Gemeinschaften und die Regeln zum Eintritt in politische Gemeinschaften rücken dadurch aus dem Schatten der Natürlichkeit und in vielen Ländern ins Zentrum politischer Auseinandersetzungen (Bauböck et al. 2007a; 2007b). Die empirische Relevanz dieses Themas wird insbesondere dann verständlich, wenn man sich auf theoretischer Ebene bewusst macht, dass Ein- und Ausbürgerungen eine permanente Rekonstituierung des Demos darstellen und die Entscheidungen über die entsprechenden Regeln einen fundamentalen Aspekt reflexiver demokratischer Selbstbestimmung darstellen. In der Demokratietheorie wurde die Festlegung der Grenzen des Demos als ein dem demokratischen Prozess vorgelagerter, relativ kurzer Moment der Konstituierung eines Staatsvolkes konzipiert. Die damit verbundene Entscheidung wurde als abhängig von historischen Kontexten betrachtet, die sich normativen demokratietheoretischen Kriterien entzieht (Whelan 1983; Habermas 1999: 116). Vor dem Hintergrund hoher Mobilität und großer Migrantenströme ist keine dieser Annahmen mehr plausibel. Es scheint, dass viele Politiker und Bürger die fundamentale Bedeutung der Entscheidungen über Einbürgerungen deutlicher wahrnehmen als Demokratietheoretiker. Die Tatsache, dass die Frage nach den legitimen Grenzen des Demos in der Geschichte oftmals im Sinne eines ethnischen Nationalismus beantwortet wurde, hat Theoretiker wie Habermas dazu gebracht, die konstitutive Bedeutung von Einbürgerungen zu ignorieren und diese fundamentale Dimension demokratischer Selbstbestimmung zu tabuisieren.[4] Ein kritisch-reflexiver Demokratietheoretiker würde diese fundamentale Bedeutung dagegen anerkennen, ohne allerdings einseitige substantielle oder prozedurale normative Positionen (z. B. die unbeschränkte Souveränität der bisherigen Mitglieder einer politischen Gemeinschaft, über Neumitglieder zu entscheiden) als legitim zu betrachten.

Glücklicherweise zeigt sich gleichzeitig zur wieder stärkeren Bedeutung der formalen Mitgliedschaftsregeln in der politischen Auseinandersetzung, dass die Entscheidungen über In- und Exklusion ihren dichotomen Charakter und damit ihre Schärfe verlieren. Dies resultiert einerseits daher, dass heute viele zivilrechtliche und

4 Interessanterweise benutzt Habermas das Wort „Kontingenz" nur, um die historische Zufälligkeit der Grenzen des Demos zu bezeichnen. Grenzen politischer Gemeinschaften stellen für ihn zufällige Ergebnisse von Kriegen dar (Habermas 1999: 116).

soziale Rechte nicht mehr an die politische Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft (Staatsbürgerschaft), sondern an den Wohnsitz oder an den Arbeitsplatz gekoppelt sind – Phänomene, die mit den Begriffen quasi-citizenship und denizenship bezeichnet werden (Groenendijk 2007a, 2007b). Zum andern, weil der Prozess der Migration oftmals nicht mehr einen eindeutigen Übergang vom Herkunfts- in das Einwanderungsland darstellt. Deswegen wird Migration mehr und mehr als transnationales Phänomen betrachtet, bei dem die Migranten dauerhafte Bindungen an beide Orten entwickeln (z. B. Smith 2005). Insbesondere viele Emigrationsländer fördern diese doppelten Bindungen durch die Akzeptanz von überlappenden Mitgliedschaften. Doppelte Staatsbürgerschaften werden seit einigen Jahren in immer mehr Ländern akzeptiert oder zumindest toleriert (Blatter et al. 2009). Das Phänomen der doppelten Staatsbürgerschaften stellt eine fundamentale Veränderung der modernen politischen Ordnung dar, weil damit die Exklusivität politischer Gemeinschaften und die Eindeutigkeit individueller Zugehörigkeit zu politischen Gemeinschaften unterminiert werden (Faist 2004; 2007; Blatter 2008).

Die demographischen Herausforderungen, vor denen viele Länder stehen, stellen einen zweiten Hintergrund dafür dar, dass bisherige sakrosankte Grenzen des Demos in Frage gestellt werden. In vielen europäischen, aber auch in wichtigen asiatischen Ländern führt die „Überalterung" der Gesellschaft zu neuen Spannungslinien zwischen den Generationen. Von Jüngeren (und deren Advokaten, wie z. B. dem früheren Bundespräsidenten Herzog) wird befürchtet, dass die quantitative Zunahme der älteren Wahlberechtigten im Vergleich zu den jüngeren eine zukunftsgerichtete Politik in der Demokratie verunmöglicht. Mit Bezug auf diese Gewichtsverschiebung im bisherigen Demos gibt es an vielen Orten Initiativen für die Ausweitung der Wahlberechtigung auf Jugendliche und Kinder (die von ihren Eltern vertreten werden könnten). Damit gerät auch die zweite wichtige Grenze des Demos ins Wanken. Die Ausgrenzung von Kindern wurde von fast allen früheren Demokratietheoretikern als völlig natürlich betrachtet und selbst moderne Demokratietheoretiker wie Robert Dahl argumentieren, dass Demokratien in Bezug auf Kinder ihr grundsätzlichstes Prinzip – dass alle, die politischer Herrschaft unterworfen sind, unabhängig von ihren individuellen Kompetenzen, gleichberechtigt bei der Gestaltung und Kontrolle dieser Herrschaft beteiligt sein müssen – verletzen dürfen (Dahl 1989: 127).

In Bezug auf potentielle Lösungen für das Problem der nun wieder als kontingent wahrgenommenen Grenzen des Demos können wir zwei ideologische Ausrichtungen unterscheiden. Ein konservativer Ansatz konzentriert sich auf politische Regulierung, die die Integrität und die Reproduktion der einheimischen Bevölkerung sicherstellt. Dementsprechend gilt es die Immigration zu beschränken und überlappende Mitgliedschaften zu vermeiden, um für die einheimische Bevölkerung eine eindeutige Identität und das Gefühl der Sicherheit zu gewährleisten, welche sich wiederum positiv u. a. auf die Geburtenrate auswirken sollten, so dass eine endogene Reproduktion des Demos und seiner traditionellen politischen Kultur sichergestellt ist

(Huntington 2004; Renshon 2004). Liberale und Progressive wägen dagegen die Rechte partikularer Bevölkerungsgruppen auf demokratische Selbstbestimmung, soziale Sicherheit und kulturelle Integrität mit den Menschenrechten der Migranten auf individuelle Sicherheit und kulturelle Anerkennung ab. Außerdem geht es ihnen nicht um die Bewahrung existierender kultureller Gemeinschaften, sondern sie betrachten kulturellen Wandel und soziokulturelle Differenzierungen positiv. Relativ offene und überlappende Grenzen des Demos ermöglichen die Einbindung von politischen Gemeinschaften in umfassendere Gemeinschaften und die kreative Rekombination von politischen Identitäten, so dass sich „die Natur" des Demos in ähnlicher Weise ändert wie die nachfolgend skizzierten Formen des Regierens (Turner 2000; Carens 2001; Benhabib 2004; Bauböck 2005).

4.2 In/out-Perspektive II: Which (kind of) government(s) of the people?

Die zweite Perspektive, die man auch mit dem Begriff „in/out" auf den Punkt bringen kann, setzt ein Fragezeichen an einen weiteren fundamentalen Aspekt von Lincolns Definition der Demokratie. Die Annahme, dass es einen eindeutigen Lokus politischer Entscheidungen gibt, wird mit der Ausbreitung eines polyzentrischen Governance-Systems, in dem gleichzeitig eine Vielzahl von unterschiedlichen Governance-Ebenen und -Formen existieren, immer weniger plausibel. Der immer stärker ausgeprägte Polyzentrismus des politisch-administrativen Systems führt dazu, dass der politische Wettbewerb auf einer fundamentaleren Ebene stattfindet. Es geht nun nicht mehr allein um die Rivalität zwischen Parteien und Politikern, die in Wettbewerb um die Gestaltung von Politikprogrammen (policies) in festgelegten institutionellen Strukturen stehen. Stets geht es auch darum, welche politische Ebene wie viele Kompetenzen in dem jeweiligen Politikfeld erhalten soll und mit welcher Governance-Form (rein öffentliche Institutionen, gesellschaftliche Selbstverwaltungsorganisationen oder gemischte Formen) das substantielle Politikprogramm verwirklicht werden soll. Daran wird zunehmend deutlich, dass sich die politische Auseinandersetzung nicht nur um das policy-making dreht, sondern dass es dabei immer auch um polity-making geht. Wir befinden uns damit in einem Zustand konstitutiver Kontingenz, weil mit jeder politischen Entscheidung, wie auf ein soziales Problem reagiert werden soll, auch ein konstitutiver Aspekt verbunden ist, weil damit jeweils die Grenzen und der Charakter der politischen Einheit (polity) bestätigt oder reformiert und das Verhältnis der verschiedenen Governance-Ebenen und -Formen rekalibriert werden.

Bis zum Ausbruch der aktuellen Finanzkrise schien es einige Jahre sogar so, als müsse Politik insgesamt zunehmend um Kompetenzzuschreibungen bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme und um Anerkennung als relevanter Identitätsstifter kämpfen. Viele Aufgaben, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts dem öffentlichen Sektor übertragen wurden, standen am Ende des Jahrhunderts zur Disposition. Dies gilt

vor allem für den Kommunikations- und Verkehrsbereich, aber auch für den Bereich der externen und internen Sicherheit. Oftmals wird die Produktion dieser kollektiven Güter an private Organisationen vergeben und die Aufsicht an technokratische Regulierungsbehörden delegiert. Diese Entwicklung wurde als Entpolitisierung und als Gefahr für die demokratische Selbstbestimmung gebrandmarkt (z. B. Boggs 2000; Burnham 2001; Buller/Flinders 2005; solche Kritik findet sich aber bereits bei der ersten Generation der Frankfurter Schule, vgl. Marcuse 1964).

Eine solche Interpretation basiert auf einer Definition von Politisierung, die Politisierung leicht mit der Größe des öffentlichen Sektors und der Entscheidungsfähigkeit des modernen Nationalstaates verwechselt. Im Gegensatz dazu folgt das Konzept der reflexiven Demokratie der Ansicht, dass „politicisation is the realisation that established social norms, practices and relations are contingent rather than sacrosanct" (Blühdorn 2006: 312). Aus dieser Perspektive erscheint es offensichtlich, dass die politische Selbstbestimmung gesteigert wird, wenn offen diskutiert wird, ob die klassischen Organisationsformen des modernen Nationalstaates weiterhin für die politische Entscheidungsfindung, für die Implementation von Politikprogrammen und für die Produktion/Bereitstellung von öffentlichen Gütern zuständig sein sollen oder nicht (ähnlich Greven 1999: 78). Das bedeutet, dass im Rahmen einer Theorie der reflexiven Demokratie die erste skizzierte Position zur (De-)Politisierung nur eine normative Position unter anderen wird.

Auch bei dieser zweiten Dimension erleben wir, dass gleichzeitig mit der zunehmenden Wahrnehmung fundamentaler Kontingenz und der daraus resultierenden Konkurrenz zwischen Governance-Ebenen und -Formen die kategoriale Differenz zwischen den Ebenen und Formen abnimmt. Phänomene wie die Mehrebenenverflechtung und public-private-partnerships führen zu einem Verschwimmen der Grenzen zwischen politischen Ebenen oder zwischen öffentlichen und privaten Regulierungsformen. Demokratien sind damit kaum mehr mit einer einfachen „Entweder-oder"-Entscheidung konfrontiert, sondern mit Situationen, in denen die institutionelle Ausdifferenzierung im Prinzip eine „Sowohl-als-auch"-Lösung ermöglicht. Dadurch werden (polity-)Entscheidungen in weniger fundamentale „Mehr-oder-weniger"-Kontroversen transformiert.

Die zentrale normative Konfliktlinie innerhalb dieser demokratietheoretischen Perspektive verläuft zwischen denjenigen, die eine von ihren Bürgern gewählte und kontrollierte nationalstaatliche Regierung als einzigen Garanten demokratischer Selbstbestimmung ansehen und solchen, die die nationale Regierung nur als eine mögliche Option demokratischer Selbstbestimmung betrachten. Die erste Gruppe sucht nach „internen" Wegen zur Stärkung der Demokratie, z. B. durch die Stärkung der Beteiligungs- und Kontrollrechte der nationalen Parlamente oder durch direktdemokratische Vetomöglichkeiten der Bürger. In alternativen Überlegungen spielen „externe" Formen der Partizipation und Kontrolle eine größere Rolle, so z. B. wenn die Zunahme von unkonventionellen Partizipationsformen jenseits von Wahlen und

Abstimmungen innerhalb der Nationalstaaten beschrieben und/oder propagiert wird (Norris 2002; Stolle/Hooghe 2004) oder wenn Formen der externen Kontrolle im internationalen Bereich z. B. durch internationale Gerichte, öffentliche Diskurse, institutionellen Wettbewerb oder benchmarking hervorgehoben werden (Grant/Keohane 2005; Risse 2006). Diese zweite Position radikalisiert den konstitutionellen Ansatz der checks-and-balances aus der output-orientierten Demokratietheorie. Die Logik der gegenseitigen institutionellen Kontrolle wird über die etablierten und formalen Formen der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung und -verschränkung innerhalb der Nationalstaaten hinausgeführt. Aus dem „konstitutionellen Moment", in dem die Kompetenzverteilung festgelegt wird, wird ein permanentes Momentum demokratischer Selbstbestimmung, weil die Profilierungsnotwendigkeiten der rivalisierenden politischen Institutionen zu einem wichtigen Motiv der Policy-Produktion werden (Blatter 2009b).

Die zwei Positionen besitzen sehr unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie gleiche Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger sicherzustellen sind. Die erste Position verweist auf die Errungenschaft der nationalstaatlichen Demokratie, innerhalb derer eine formale Gleichheit durch die gleichgewichtige Stimme für alle erwachsenen Bürger bei regelmäßigen Wahlen gesichert ist. Die zweite Position kann diese formale Gleichheit nicht garantieren, verweist aber auf die vielfältigeren Zugangsmöglichkeiten eines Systems polyzentrischer und überlappender Governance-Formen und auf die zunehmende Inkongruenz zwischen formalen Mitgliedern einer politischen Einheit (Staatsbürgern) und den von politischen Entscheidungen Betroffenen, was den demokratischen Wert der formalen Gleichheit der Staatsbürger deutlich reduziert.

4.3 In/out-Perspektive III: Spot on/off for problems, people and politics

In jüngerer Zeit nehmen die Medien (wieder) einen prominenten Platz ein, wenn über die (meist als gefährdet angesehene) Zukunft der Demokratie diskutiert wird. Bevor darauf näher eingegangen wird, gilt es zuerst einmal klarzustellen, was das Spezifische der jüngsten Herausforderungen darstellt. Es ist die Transformation des Mediensystems von einem System der Massenmedien, in dem prototypisch *ein* nationales Fernsehprogramm *eine* Bühne mit *einem* umfassenden Publikum herstellte, zu einem Multimedia-System, in dem eine Vielzahl von verschiedenen Medien, inklusive der interaktiven sozialen Räume des Internets, um die Aufmerksamkeit (und teilweise auch die Beteiligung) des Publikums rivalisiert. Parallel dazu verlieren die anderen Kanäle der Interessenvermittlung (Parteien und Verbände) ihre Integrationskraft und Stabilität. Ähnlich wie die Medien – und gleichzeitig mit Hilfe der Medien – müssen sie verstärkt um Aufmerksamkeit und Akzeptanz bei den Menschen und der Politik kämpfen.

Dies verändert und radikalisiert die Institutionen und Mechanismen der „intermediären Sphäre" zwischen Regierung(en) und Bürgerinnen. Die Imperative der Aufmerksamkeitsökonomie bestimmen die „intermediäre Sphäre" und machen den Nachrichtenwert zum zentralen Kriterium für die Selektion und Priorisierung von „relevanten" bzw. „interessanten" gesellschaftlichen Problemen, Bevölkerungsgruppen und politischen Institutionen. Damit gewinnt die „intermediäre Sphäre" an funktionaler und institutioneller Eigenständigkeit und die Verbindung zwischen Bürgern und Regierung(en) wird kontingent und abhängig von den Logiken der Aufmerksamkeit des Multimedia-Systems. Im Vergleich zu Parteien und Verbänden werden die Medien weniger von Faktoren aus den politischen und gesellschaftlichen Systemen determiniert. So wurden die Parteien und deren Handlungslogiken bisher zum größten Teil von Regeln des politischen Systems – den Wahlsystemen – bestimmt, die Stärke der Interessenverbände war primär das Resultat ihrer sozioökonomischen Macht (Mitgliederzahl bzw. Kapitalkraft). Auch bei den Parteizeitungen und öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten dominierten die Einflüsse des gesellschaftlichen und politischen Systems. Im Multimedia-System des Internet-Zeitalters verlieren alle diese exogenen Einflüsse im Vergleich zur endogenen Logik der Aufmerksamkeitserzeugung an Bedeutung.

Während die mit der Ausbreitung eines Multimedia-Systems einhergehende Autonomisierung der „intermediären Sphäre" relativ wenig wahrgenommen wird, konzentriert sich die Diskussion auf die „Kolonialisierung" der politischen und sozioökonomischen Institutionen und Prozesse durch die Medienlogik. Nicht nur Parteien, auch Regierungen bzw. Governance-Institutionen müssen ihre auf die Medien gerichteten Anstrengungen verstärken und sich den Imperativen der Aufmerksamkeitsökonomie anpassen (Meyer 2002). Dies zum einen, um ihre Politik zu vermitteln und ihre Relevanz zu verdeutlichen, zum anderen auch deswegen, weil kommunikative Strategien auch als Steuerungsinstrumente für inhaltliche Programme an Bedeutung gewinnen (Blatter 2007). Innerhalb der Gesellschaft tragen die neuen Medien dazu bei, dass traditionelle Bindungen zwischen Bürgerinnen und Parteien bzw. Verbänden gelockert werden und neue, spontane Formen der politischen Beteiligung und Interessenformulierung an Bedeutung gewinnen.

Diese makro-strukturellen Veränderungen führen zu einem neuen bzw. erweiterten Verständnis von politischen Entscheidungsprozessen. Eine Politik, die den Gesetzen der Aufmerksamkeitsökonomie folgt, zeichnet sich dadurch aus, dass dem „*Timing*" zentrale Bedeutung zukommt, da Probleme, politische Institutionen und politische Gemeinschaften um das knappe Gut der Aufmerksamkeit rivalisieren. Damit geht es im politischen Entscheidungsprozess zuerst einmal darum, Prioritäten in Bezug auf die Relevanz von bestimmten Problemen zu setzen, bevor es dann in einem zweiten Schritt um die Durchsetzung von spezifischen Präferenzen bei der politischen Reaktion auf diese Probleme geht (Jones/Baumgartner 2005). In Verbindung mit den bereits skizzierten In/out-Perspektiven führt dies dazu, dass es in einer reflexiven Demokratie bei der Institutionalisierung von politischen Entscheidungsprozessen nicht mehr nur darum geht, wie spezifische soziale Anforderungen (demands) im Entscheidungsprozess berücksichtigt werden und inwieweit kollektive Entscheidungen umgesetzt werden können (die Input- und Output-Perspektiven), sondern es geht zuerst einmal darum, ob soziale Akteure vom politischen System überhaupt als legitime/relevante Träger von Anforderungen wahrgenommen werden und ob politische Institutionen und Governance-Ebenen/-Formen bzw. das politische System insgesamt von gesellschaftlichen Akteuren überhaupt als relevante/legitime Problemlösungsinstanz betrachtet werden.

Die Existenz struktureller Filter, welche zur Ignoranz von sozialen Anforderungen an die Politik führen, ist seit langem thematisiert (so z. B. von Bachrach/Baratz 1962 unter dem Stichwort der „non-decisions"). Trotzdem lassen sich zwei Gründe dafür anführen, von einer neuen Dimension demokratischer Selbstbestimmung zu sprechen. Erstens hat sich eine „intermediäre Sphäre", die von der Aufmerksamkeitsökonomie des Multimedia-Systems dominiert wird, entwickelt und folgt ihren eigenen Filterkriterien. Zweitens gewinnt die „intermediäre Sphäre" an Bedeutung, weil sie nicht mehr nur als Verbindungsglied zwischen zwei fixen Einheiten (Volk und Regierung) fungiert, sondern eine konstitutive Bedeutung erhält, weil diese fixen Einheiten jeweils multiple Ausprägungen haben können und deswegen kontingent werden. Damit wird ihre Reproduktion/relative Stärke zu einem zentralen Aspekt der politischen Auseinandersetzung, welche wiederum durch die Logik des Multimedia-Systems geprägt wird. Dies stellt nicht nur die Kongruenz zwischen Volk und Regierung, welche in der ersten Moderne auf der Basis des klar demarkierten Territorialstaates hergestellt wurde, in Frage, sondern auch ihre kontinuierliche gegenseitige Relevanz als eindeutige Bezugspunkte politischer Herrschaft. Für die Bürger ist es heute nicht mehr selbstverständlich, dass sie eine Governance-Ebene oder -Form als für sie relevant wahrnehmen. Und für politische Entscheidungsträger in verflochtenen Mehrebenen-Systemen ist es keineswegs immer eindeutig, welcher politischen Gemeinschaft sie sich verpflichtet fühlen bzw. welche politischen Gemeinschaften sie als relevant betrachten (sollten).

Die Wahrnehmung der empirischen Relevanz und der konzeptionellen Differenz einer solchen demokratietheoretischen Perspektive ist auch hier nur der erste Schritt. Wie in den anderen Perspektiven kann man auch in dieser Perspektive unterschiedliche ideologische Positionen identifizieren in Bezug auf die Frage, wie demokratische Selbstbestimmung unter den geschilderten Bedingungen sichergestellt bzw. erreicht werden kann. Gegenwärtig dominiert die erste Position, die den zunehmenden Einfluss der Medien sehr kritisch betrachtet, weil dies mit einer zunehmenden Bedeutung von Personen statt Programmen und von Emotionen statt rationalen Diskursen einhergeht. Es wird die Gefahr beschworen, dass die symbolische Performanz, im Sinne einer „Als-ob-Politik", wichtiger wird als substantielle Performanz, im Sinne der nachhaltigen Problemlösung (Meyer 2002; Falter 2002; Elchardus 2002). Daraus

resultieren Empfehlungen zur Regulierung der Medienindustrie. Dadurch soll sichergestellt werden, dass das Mediensystem einerseits als möglichst offener Vermittler von Informationen über tatsächliche Problemlagen und über tatsächliche Leistungen von Governance-Institutionen fungiert und andererseits vielfältige Plattformen für rationale Deliberationen liefert.

Eine Gegenposition konzipiert das Multimedia-System als einen alternativen und zusätzlichen Filter, Verstärker und Produzenten von Wahrnehmungen und Einflussversuchen zwischen Bürgern und Governance-Einheiten. Die Zunahme der Bedeutung des Multimedia-Systems wäre nur ein massives Problem, wenn die anderen Kanäle der Interessenvermittlung und die anderen Instrumente politischer Steuerung völlig verdrängt würden oder wenn die Filter- und Verstärkungseffekte des Mediensystems kongruent mit denjenigen der anderen Vermittlungsinstanzen (Parteien und Verbände) sind. Ist das nicht der Fall, dann kann das Multimedia-System als ein Teil eines erweiterten Systems der checks and balances im Bereich der deutlich an Autonomie und Gewicht gewachsenen „intermediären Sphäre" betrachtet werden. Es spricht einiges dafür, dass genau dies der Fall ist, wenn die Imperative der Aufmerksamkeitsökonomie den *spot* der Medien auf zwei Bereiche lenken, die im System der traditionellen intermediären Organisationen eher zu kurz kommen: auf das Neue und auf das Prekäre. Aus dieser Position ist es deswegen genauso wichtig, die spezifische Rolle des Multimedia-Systems anzuerkennen und dessen Autonomie sicherzustellen, wie es notwendig ist, dafür zu sorgen, dass die Medienlogik nicht die anderen Kanäle der Vermittlung zwischen Bürgern und Regierungen kolonialisiert und dominiert. Außerdem erscheint die medien-induzierte Hinwendung zu symbolischer Performanz, Emotionen und Personen durchaus adäquat, wenn man – wie vorher skizziert – berücksichtigt, dass es heute in politischen Prozessen stets auch um polity-making und nicht nur um policy-making geht (Street 2004; Sarcinelli 2002).

Insgesamt verbindet diese Position den Begriff der reflexiven Demokratie mit einem deutlich anderen Verständnis von „Reflexivität": Während die erste Position die Funktion des Multimedia-Systems in der Herstellung von Öffentlichkeit (im Sinne von Habermas) und in der Ermöglichung von „reflektierter Kommunikation" sieht, betrachtet die zweite Position seine Funktion primär in der „reflexhaften" Koppelung von politischen Gemeinschaften und politischen Governance-Formen. Im Gegensatz zu Wahlen zielt die reflexhafte Koppelung der Medien primär auf ein kontinuierliches up-dating politischer Prioritäten (statt diskontinuierlicher kollektiver Präferenzbildung) und auf die Rekonstitution/Rekalibrierung von polities (statt auf policy-making). Dies führt zu deutlich unterschiedlichen Maßstäben für die Bewertung existierender Demokratien.

5 Kontingente und reflexive politikwissenschaftliche Kritik auf Basis einer komplexen Theorie

Vor dem Hintergrund der skizzierten komplexen Theorie einer reflexiven Demokratie ergibt sich eine Vorstellung von Politikwissenschaft und von politikwissenschaftlicher Kritik, die sich der Tatsache bewusst ist, dass jegliche Konzeption der Gesellschaft unweigerlich normative Implikationen hat und die dennoch versucht, konzeptionelle Perspektiven nicht mit normativen Positionen in eins zu setzen. Wie gezeigt, kann eine output-orientierte Demokratieperspektive mit mehreren normativen Positionen verknüpft werden; erst nach einer solchen – kontingenten – Verknüpfung ergeben sich Evaluationskriterien für eine normative Kritik an existierenden Demokratien. Durch die Differenzierung von konzeptionellen Perspektiven und normativen Positionen lassen sich zwei verschiedene Arten von Kritik unterscheiden: die konzeptionelle Kritik an einer zu engen Definition von (demokratischer) Politik einerseits und die normative Kritik an einseitiger Ausgestaltung politischer Institutionen und einseitiger Ausübung politischer Entscheidungsmöglichkeiten andererseits.

Für kritisch-reflexive Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ist es nicht ausreichend, den eigenen normativen Standort explizit zu machen, es gilt ihn in einem Feld von potentiell möglichen (d. h. prinzipiell als legitim anerkannten) Positionen zu verorten. Da damit die prinzipielle Kontingenz dieses normativen Standpunktes deutlich wird, geht eine reflexive Politikwissenschaft unweigerlich mit einem gewissen Maß an normativem Relativismus einher, wobei „gewisses Maß" zu betonen ist, denn fundamentalistisch-einseitige Positionen, wie z. B. die Verabsolutierung von kollektiver Selbstbestimmung gegenüber universellen Menschenrechten können als nicht legitim ausgeschlossen werden. Wenn man den Kontingenz-Begriff wirklich ernst nimmt, dann ist damit in einer pluralistischen Gesellschaft nicht nur die gesellschaftliche Offenheit für politische Entscheidungen, sondern auch die prinzipielle Anerkennung verschiedener Entscheidungsergebnisse und Formen, in denen diese Entscheidungen getroffen werden, verbunden. Das bedeutet nicht, dass alle realweltlichen (Ver-)Formungen der Demokratie als legitim betrachtet werden müssen. So ist z. B. die Herrschaft von Berlusconi in Italien von jeder skizzierten normativen Position innerhalb der „on/off"-Perspektive aus gesehen kritikwürdig. Während man von einer „rationalistischen" Position aus vor allem die Personalisierung der Politik und den Populismus von Berlusconi kritisieren kann, sind aus einer kulturell-systemischen Perspektive vor allem die Kolonialisierung der Politik/des Parteiensystems durch einen Medientycoon und Berlusconis dominierende Stellung im elektronischen Mediensystem Italiens kritikwürdig. Die dramaturgischen Inszenierungen der Politik in Italien erscheinen dagegen durchaus angemessen in einem Land, in dem die Politik längst nicht mehr als gesellschaftliches Problemlösungszentrum angesehen wird und in dem sie um die Aufmerksamkeit und Relevanzzuschreibungen der Bewohner buhlen muss.

Insgesamt zeichnet sich politikwissenschaftliche Kritik auf der Basis einer komplexen Theorie der reflexiven Demokratie durch ihre Kontingenz bzw. Kontextabhängigkeit und ihre Reflexivität aus. Im Gegensatz zu einer „herrschaftskritischen" Herangehensweise wird die Aufgabe der Politikwissenschaft nicht primär darin gesehen, ausgehend von eindeutigen demokratietheoretischen Prinzipien die realweltlichen Abweichungen zu kritisieren, sondern vielmehr darin, die normativen Widersprüche und Spannungslinien, in denen sich demokratische Regierungssysteme befinden, zu reflektieren und dann für die in spezifischen konkreten Kontexten vernachlässigten normativen Positionen und Handlungsempfehlungen einzutreten.

Eine reflexive Kritik durch Politikwissenschafterinnen und -wissenschaftler wird damit in doppelter Weise kontingent. Erstens, weil vor der normativen Kritik an realweltlichen Zuständen der normative Möglichkeitsraum aufgespannt wird und damit die Pluralität von Dimensionen und normativen Positionen der normativen Demokratietheorie deutlich wird. Zweitens, weil die Stoßrichtung der normativen Kritik an realweltlichen Zuständen je nach konkreter Situation sehr unterschiedlich sein kann. Eine kontingenzbewusste kritische Politikwissenschaft ist vor allem aber auch selbstreflexiv, indem sie die dominanten politikwissenschaftlichen (Demokratie-)Theorien in Frage stellt. Die skizzierte Ergänzung der komplexen Demokratietheorie durch die Dimensionen einer reflexiven Demokratie verdeutlicht meine Ansicht, dass eine solche Infragestellung weniger durch radikale Alternativen zu etablierten demokratietheoretischen Vorstellungen erfolgen sollte, sondern vor allem durch die Infragestellung einer sehr engen Definition von Demokratie.

Literatur

Bachrach, Peter/Baratz, Morton S., 1962: Two Faces of Power, in: American Political Science Review 56, 947-952.

Bauböck, Rainer, 2005: Citizenship Policies: International, State, Migrant and Democratic Perspectives. Global Migration Perspectives 19. Geneva.

Bauböck, Rainer/Ersbøll, Eva/Groenendijk, Kees/Waldrauch, Harald (Hrsg.), 2007a: Acquisition and Loss of Nationality. Policies and Trends in 15 European States. Volume 1: Comparative Analyses. Amsterdam.

Bauböck, Rainer/Ersbøll, Eva/Groenendijk, Kees/Waldrauch, Harald (Hrsg.), 2007b: Acquisition and Loss of Nationality. Policies and Trends in 15 European States. Volume 2: Country Analyses. Amsterdam.

Baumann, Zygmunt, 2000: Liquid Modernity. Cambridge.

Beck, Ulrich/Giddins, Anthony/Lash, Scott, 1992: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a. M.

Beck, Ulrich/Bonss, Wolfgang/Lau, Christoph, 2003: The Theory of Reflexive Modernization. Problematic, Hypotheses and Research Programme, in: Theory, Culture & Society 20 (2), 1-33.

Beck, Ulrich/Grande, Edgar, 2004: Kosmopolitisches Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Frankfurt a. M.

Benhabib, Seyla (Hrsg.), 1996: Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton.

Benhabib, Seyla 2004. The Rights of Others: Aliens, Residents and Citizens. Cambridge.

Blatter, Joachim, 2007: Governance – theoretische Formen und historische Transformation. Politische Steuerungs- und Integrationsformen in Metropolregionen der USA (1850-2000). Baden-Baden.

Blatter, Joachim, 2008: Dual Citizenship and Democracy. Working Paper No. 1 der Reihe „Glocal Governance and Democracy". [Seminar für Politikwissenschaft. Universität Luzern] http://www.unilu.ch/deu/workingpapers_287648.aspx (13. 11. 2009).

Blatter, Joachim/Erdmann, Stefanie/Schwanke, Katja, 2009: Acceptance of Dual Citizenship: Empirical Data and Political Contexts. Working Paper No. 2 der Reihe „Glocal Governance and Democracy". [Seminar für Politikwissenschaft. Universität Luzern] http://unilu.ch/deu/workingpapers_287628.aspx (13. 11. 2009).

Blatter, Joachim, 2009a: Efficiency and Democracy: Reconstructing the Foundation of a Troubled Relationship, in: Ingolfur Blühdorn (Hrsg.): In Search Of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Societal Complexity. Opladen, Farmington Hills, MI, 51-71.

Blatter, Joachim, 2009b: Performing Symbolic Politics and International Environmental Regulation: Tracing and Theorizing a Causal Mechanism beyond Regime Theory, in: Global Environmental Politics 9 (4), 81-110.

Blühdorn, Ingolfur, 2006: The Third Transformation of Democracy: On the Efficient Management of Late-modern Complexity, in: Ingolfur Blühdorn/Uwe Jun (Hrsg.): Economic Efficiency – Democratic Empowerment. Contested Modernisation in Britain and Germany. Lanham, Maryland, 299-331.

Boggs, Carl, 2000: The End of Politics. Corporate Power and the Decline of the Public Sphere. New York, London.

Buller, Jim/Flinders, Matt, 2005: The Domestic Origins of Depoliticisation in the Area of British Economic Policy, in: British Journal of Politics and International Relations 7 (4), 526-543.

Burnham, Peter, 2001: New Labour and the Politics of Depoliticisation, in: British Journal of Politics and International Relations 3 (2), 127-149.

Carens, Joseph H., 2001: The Rights of Residents, in: Randall Hansen/Patrick Weil (Hrsg.): Reinventing Citizenship: Dual Citizenship, Social Rights and Federal Citizenship in Europe and the U.S. Oxford.

Dahl, Robert A., 1989: Democracy and its Critics. New Haven.

Dahl, Robert A., 1994: A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation, in: Political Science Quarterly 109 (1), 23-34.

Easton, David, 1965: A System Analysis of Political Life. New York.

Easton, David, 1975: A Re-assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5 (1), 435-457.

Elchardus, Mark, 2002: De Dramademocratie. Tielt.

Faist, Thomas, 2004: Dual Citizenship as Overlapping Membership, in: Danièle Joly (Hrsg.): International Migration in the New Millenium. Global Movement and Settlement. Aldershot (UK), 210-232.

Faist, Thomas (Hrsg.), 2007: Dual Citizenship in Europe. From Nationhood to Social Integration. Aldershot.

Falter, Jürgen, 2002: Politik im medialen Wanderzirkus. Wie Inszenierung die Politikverdrossenheit befördert, in: Vorgänge 2, 5-9.

Flinders, Matthew, 2006: Public/Private: The Boundaries of the State, in: Colin Hay/Michael Lister/David Marsh (Hrsg.): The State. Theories & Issues. Basingstoke, 223-247.

Goodhart, Michael, 2007: Europe's Democratic Deficits Through the Looking Glass: The European Union as a Challenge for Democracy, in: Perspectives on Politics 5 (3), 567-584.

Grant, Ruth W./Keohane, Robert O., 2005: Accountability and Abuses of Power in World Politics, in: American Political Science Review 99 (1), 29-43.

Greven, Michael Th., 1999: Die politische Gesellschaft. Opladen.

Greven, Michael Th., 2000: Kontingenz und Dezision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft. Opladen.

Groenendijk, Kees, 2007a: The Legal Integration of Potential Citizens: Denizens in the EU in the Final Years Before the Implementation of the 2003 Directive on Long-term Resident Third Country Nationals, in: Bauböck et al. (Hrsg.), 2007a, 385-410.

Groenendijk, Kees, 2007b: The Status of Quasi-citizenship in EU Member States: Why some States Have ‚Almost Citizens', in: Bauböck et al. (Hrsg.), 2007a, 411-430.

Gross, Peter, 1994: Die Multioptionsgesellschaft. Frankfurt a. M.

Hay, Colin, 2007: Why We hate Politics. Cambridge, Malden.

Habermas, Jürgen, 1999: The Inclusion of the Other. Studies in Political Theory. Cambridge.

Held, David, 2006: Models of Democracy. Cambridge.

Huntington, Samuel P., 2004: Who Are We? The Challenges to America's National Identity. New York.

Jones, Bryan D./Baumgartner, Frank R., 2005: The Politics of Attention. How Government Prioritizes Problems. Chicago.

Marcuse, Herbert, 1964: One-dimensional Man. Boston.

Meyer, Thomas/Hinchman, Lew, 2002: Media Democracy. How the Media Colonize Politics. Cambridge.

Moravscik, Andrew, 2002: In Defence of the „Democratic Deficit": Reassessing the Legitimacy of the European Union, in: Journal of Common Market Studies 40 (4), 603-634.

Moravscik, Andrew, 2004: Is there a „Democratic Deficit" in World Politics? A Framework for Analysis, in: Government and Opposition 39 (2), 336-363.

Norris, Pippa (Hrsg.), 2002: Critical Citizens. Global Support for Democratic Government. Oxford.

Ostrom, Vincant, 1987: The Political Theory of a Compound Republic: Designing the American Experiment. Lincoln.

Renshon, Stanley. A., 2004: Dual Citizenship and American Democracy: Patriotism, National Attachment, and National Identity, in: Social Philosophy & Policy Foundation 21 (1), 100-120.

Risse, Thomas, 2006: Transnational Governance and Legitimacy, in: Arthur Benz/Yannis Papadopoulos (Hrsg.): Governance and Democracy. Comparing National, European and International Experiences. London, New York, 179-199.

Sarcinelli, Ulrich, 2002: Politik als „legitimes Theater"? Über die Rolle des Politischen in der Mediendemokratie, in: Vorgänge (2), 10-22.

Scharpf, Fritz W., 1970: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz.

Scharpf, Fritz W., 1998: Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie, in: Michael Th. Greven (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen, 81-103.

Scharpf, Fritz W., 1999: Governing in Europe: Effective and Democratic? Oxford, New York.

Schmalz-Bruns, Rainer, 1995: Reflexive Demokratie: Die demokratische Transformation moderner Politik. Baden-Baden.

Smith, Robert C., 2005: Mexican New York. Transnational Lives of New Immigrants. California.

Stolle, Dietlind/Hooghe, Marc, 2004: Review Article: Inaccurate, Exceptional, One-sided or Irrelevant? The Debate about the Alleged Decline of Societal Capital and Civic Engagement in Western Societies, in: British Journal of Political Science (35), 149-167.

Street, John, 2004: Celebrity Politicians: Popular Culture and Political Representation, in: British Journal for Politics and International Relations (6), 435-452.

Turner, Brian S., 2000: Liberal Citizenship and Cosmopolitan Virtue, in: Andrew Vandenberg (Hrsg.): Citizenship and Democracy in a Global Era. Houndsmill, 18-32.

Warren, Mark E., 2003: A Second Transformation of Democracy, in: Bruce Cain/Russell Dalton/Susan Scarrow (Hrsg.): Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies. Oxford, 223-249.

Whelan, Frederick G., 1983: Prologue: Democratic Theory and the Boundary Problem, in: James R. Pennock/John W. Chapman (Hrsg.): Liberal Democracy. New York, London, 13-47.

Katrin Toens • Ulrich Willems (Hrsg.)

Politik und Kontingenz

Springer VS

Herausgeber
Katrin Toens
Evangelische Hochschule Freiburg,
Deutschland

Ulrich Willems
Universität Münster,
Deutschland

ISBN 978-3-531-18363-3
DOI 10.1007/978-3-531-94245-2

ISBN 978-3-531-94245-2 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Springer VS
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2012
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE.
Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
www.springer-vs.de

In Memoriam

Michael Th. Greven

7. März 1947 – 7. Juli 2012